

Beschlussvorlage

VO/2019/195-1

Az.: öffentlich

Datum: 20.01.2020

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
22.01.2020	Schul-, Jugend- und Sozialausschuss
10.02.2020	Ratsversammlung der Stadt Schleswig

Änderungs- und Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2020 zur Beschlussvorlage VO/2019/195 Beschluss über die Festlegung der Themen, an denen die Jugendkonferenz zu beteiligen ist (Antrag der GRÜNEN-Fraktion vom 29.10.2019)

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen:

1. Die prozessorientierte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hat zwingend zu erfolgen, wenn die Jugendkonferenz dies zu bestimmten Themen beschließt.
2. Eine Beteiligung ist nach pädagogischen Standards und wissenschaftlich erprobter Methodik durchzuführen.
3. Über alle Planungen und Vorhaben, bei denen Kinder- und Jugendinteressen berührt sind, berichtet die Verwaltung hinsichtlich des Kommunikationsstandes mit der Jugendkonferenz dem Schul-, Jugend- und Sozialausschuss der Stadt Schleswig.
4. Die Verwaltung stellt bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses Möglichkeiten adäquater Beteiligung unter Berücksichtigung bestehender Strukturen dar und stellt diese im Zusammenhang mit den bestehenden Ressourcen im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung der Stadt Schleswig bzw. etwaigen Mehrkosten vor.

Problembeschreibung für den Beschlussvorschlag - VO/2019/195-1

Ziel der Vorlage:

3. "Schleswig ist eine lebenswerte Stadt - für alle Lebensphasen".

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (§ 47 f GO): Ja
Unterrichtungspflicht des Seniorenbeirates (§ 47 e GO): Nein

Begründung des Beschlussvorschlags

Den Mitgliedern der Jugendkonferenz steht es bereits derzeit frei, zu Themen, welche auf den Tagesordnungen der Ausschüsse stehen, Stellung zu beziehen. Stellungnahmen durch Beschluss zu erzwingen hält die SPD-Ratsfraktion für nicht zielführend.

Auch der Ausschluss von bestimmten Themenkomplexen ist nicht sinnvoll. Vielmehr soll ein Schwerpunkt auf den eigentlichen Beteiligungsprozess gelegt werden. Denn dieser ist zentral für eine gelungene Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit all den erwünschten Wirkungen bei der Zielgruppe.

Beteiligung scheint in den vergangenen Jahren als reine (Meinungs-)Abfrage verstanden worden zu sein. Es ist der Wunsch der SPD-Ratsfraktion, dass der Prozess einer Beteiligung stärker in den pädagogischen Mittelpunkt gerückt wird. Hier müssen wissenschaftliche Standards eingehalten und Rahmenbedingungen für eine gelungene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen geschaffen werden. Eine Stellungnahme allein stellt keinen adäquaten Beteiligungsprozess dar.

Für eine transparente Kommunikation hinsichtlich der Planungen und Vorhaben, welche seitens der Politik oder der Verwaltung so eingeschätzt werden, dass sie Interessen und Belange von Kindern und Jugendlichen berühren, sollte zu Beginn der Diskussion abgefragt werden, ob die Jugendkonferenz plant, sich damit zu beschäftigen.

Grundsätzlich muss die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen neu bzw. weitergedacht werden. Die Einrichtung der Jugendkonferenz als eine Art Jugendbeirat ist ein erster Schritt gewesen, verspricht allerdings nicht automatisch einen gelungenen Beteiligungsprozess. Das Engagement der derzeitigen Mitglieder der Jugendkonferenz ist wichtig und bereits jetzt viel wert. Auch die Erfahrungen, die Politik, Verwaltung und das städtische Jugendzentrum mit den ersten Schritten einer institutionellen Beteiligung gemacht haben, sind wichtig und gut. Nun müssen wir den Mut haben, hinsichtlich einer ernstzunehmenden und gelungenen Partizipation den nächsten Schritt zu gehen. Diesbezüglich sind Informationen über Möglichkeiten und weiteren Methodik hinsichtlich einer prozesshaften Beteiligungskultur notwendig.

Wir haben bereits Stellenanteile für Kinder- und Jugendbeteiligung im städtischen Haushalt. Aus diesen personellen bzw. pädagogischen Ressourcen gilt es das Beste für gelungene Beteiligung herauszuholen. Die SPD-Ratsfraktion ist außerdem bereit über mehr Ressourcen/Stundenanteile zu diskutieren und ggf. darüber zu beschließen.

Für die SPD-Fraktion

Henrik Vogt, Maren Korban, Inke Asmussen und Christoph Dahl